



«Empfängerhinweis»

Nr: 47a

---

München, 9. Februar 2010

**Bericht aus der Kabinettsitzung:**

**Teil 2**

- 1. Kabinett berät über Neuordnung der Solarsubventionen und Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke / Bayern ist Land der erneuerbaren Energien / Absenkung der Solarförderung nur mit Maß und Mitte / Kernenergie als Brückentechnologie noch unverzichtbar / Bund muss rasch nationale Energiestrategie vorlegen (Seite 2)**
- 2. Vielzahl bayerischer Initiativen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft / Staatskanzleichef Schneider: „Weichen für nachhaltiges Wachstum kraftvoll stellen, Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft gezielt fortentwickeln“ / Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“ (Seite 4)**
- 3. Kultusminister Ludwig Spaenle zieht positive Bilanz der neuen Dialogforen / Spaenle: „Bürgermeister und Schulfamilie bringen ihre regionalen Anliegen ein / Dialogforen arbeiten erfolgreich an Schulverbänden der neuen Mittelschule“ (Seite 7)**
- 4. Freistaat Bayern beschließt verbesserte Rahmenbedingungen bei der Mittelstandsfinanzierung / Wirtschaftsstaatssekretärin Hessel: „Müssen jetzt Grundlagen für die Finanzierung des Aufschwungs schaffen“ (Seite 8)**

./.

**1. Kabinett berät über Neuordnung der Solarsubventionen und Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke / Bayern ist Land der erneuerbaren Energien / Absenkung der Solarförderung nur mit Maß und Mitte / Kernenergie als Brückentechnologie noch unverzichtbar / Bund muss rasch nationale Energiestrategie vorlegen**

Das Bayerische Kabinett hat sich heute in der Diskussion um die Absenkung der Solarförderung für eine Reduktion der Einspeisevergütung für Strom aus Solarenergie mit Maß und Mitte ausgesprochen. Wirtschaftsminister Martin Zeil hat klargestellt, dass er die Pläne der Bundesregierung grundsätzlich unterstütze, die Einspeisevergütung für Strom aus Photovoltaikanlagen abzusenken. „Es ist richtig, das bisherige Niveau der Solar-Subventionen zu korrigieren. Alle Beteiligten, auch die Solarwirtschaft, stimmen darin überein, dass eine Korrektur nötig ist, um unwirtschaftliche Überförderungen für die Zukunft auszuschließen. Wer hier nicht handelt, riskiert, die erneuerbaren Energien bei den Menschen in Misskredit zu bringen. Wir dürfen bei der Senkung aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Eine abrupte Kürzung um 15 Prozent zum 1. April birgt die Gefahr schwerer Marktverwerfungen und wäre für Hersteller, Betreiber, aber auch viele Handwerksbetriebe auch unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes unangemessen.“ Die Staatsregierung sprach sich deshalb für eine spätere Absenkung und für eine Anpassung der Förderung in mehreren Schritten aus.

Eine Vergütungssenkung könne sich, so Zeil, mittelfristig sogar positiv auf den Ausbau der erneuerbaren Energien auswirken. Zeil: „Wenn die Subventionen mit Augenmaß reduziert werden, treibt das die technische Innovation in der Photovoltaik voran und legt Kostensenkungspotentiale frei.“ Bei der Vergütungssenkung müsse aber der Vertrauensschutz für diejenigen gewährleistet sein, die bereits Aufträge für neue Anlagen erteilt haben. „Ich setze mich dafür ein, dass die Senkung für

Dachanlagen nicht wie vom Bundesumweltminister vorgeschlagen schon zum 1. April, sondern frühestens zum 1. Juli in Kraft tritt. Auch wäre es falsch, wenn der Bau von Freiflächenanlagen völlig zum Erliegen käme“, so Zeil.

Landwirtschaftsminister Helmut Brunner sprach sich überdies für eine Gleichstellung der Solarförderung auf Acker- und Grünlandflächen aus. Brunner: „Ähnlich wie bei Ackerland kann auch auf Grünlandflächen ein ökologischer Mehrwert durch die Solarstromproduktion erzielt werden. Eine Benachteiligung der Grünlandflächen ist nicht gerechtfertigt.“

Umweltminister Söder unterstrich, dass die Solarförderung gerade auch für Bayern ein sehr wichtiges Modul einer auf die Förderung erneuerbaren Energien ausgerichteten Energiepolitik ist. Söder: „Wir brauchen aber mehr. Jetzt ist der Bund am Zug. Er muss rasch eine nationale Energiestrategie vorlegen. Dazu gehört die effiziente Förderung erneuerbarer Energien genauso wie eine Energiesparstrategie und der Umgang mit der Kernkraft als Brückentechnologie.“

Söder sprach sich dafür aus, die Gespräche zur Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke voranzutreiben. An den Gesprächen müssen die Bundesländer beteiligt werden, die Kernkraftstandorte haben. Söder: „Wir brauchen Planungssicherheit. Dazu soll auf Bundesebene umgehend ein Energiegipfel einberufen werden. Wir können mit Verhandlungen und Entscheidungen nicht noch länger warten. Daten und Analysen für eine zukunftsweisende Strategie liegen doch längst vor. Jetzt geht es um konkretes Handeln!“ In Bayern stammt Strom, so Söder, zu zwei Dritteln aus Kernenergie. Die erneuerbaren Energien haben einen Anteil von annähernd 25 Prozent. Davon entfallen auf Photovoltaik derzeit etwa 3,5 Prozent, auf Wind 0,7 Prozent, auf Biomasse 5 Prozent und auf Wasserkraft rund 15 Prozent. "Wir brauchen einen Teil der Gewinne aus der Kernkraft als Ökodividende für die weitere Entwicklung erneuerbarer Energien", so Söder. "Dieses

Geld benötigt der Staat so schnell wie möglich." Ein wesentlicher Teil der Zusatzgewinne müsse vor allem in die Erforschung der Speichertechnologien fließen. Um einen effizienten Umstieg auf erneuerbare Energien sicherzustellen, fordert Söder vom Bund einen jährlichen Energiebericht. Die Kraftwerksbetreiber müssten sich finanziell auch an der Sanierung der Asse beteiligen.

**2. Vielzahl bayerischer Initiativen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft / Staatskanzleichef Schneider: „Weichen für nachhaltiges Wachstum kraftvoll stellen, Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft gezielt fortentwickeln“ / Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“**

Bayern wird die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft mit großem Nachdruck vorantreiben. Zur Umsetzung der im vergangenen Sommer vorgelegten Empfehlungen der Kommission „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“ der Bayerischen Staatsregierung unterstrich Staatskanzleichef Siegfried Schneider: „Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt unbestreitbar das einzige wirtschaftliche Erfolgsmodell für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Nur die soziale Marktwirtschaft verbindet wirtschaftliche Effizienz und hohen Wohlstand mit sozialem Ausgleich und gerechter Verteilung. Planwirtschaft und ungezügelter Spekulationskapitalismus sind grandios gescheitert. Sie sind keine Alternativen zur bewährten Wirtschafts- und Werteordnung Soziale Marktwirtschaft. Die Folgen der Missachtung einer Wirtschaftsordnung mit Maß spüren wir im Moment schmerzvoll. Die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sind noch lange nicht überwunden. Wir müssen daher aus den Erfahrungen lernen, uns auf die grundlegenden Werte und Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft rückbesinnen und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort stärken. Nötig sind Krisenfestigkeit, Vertrauen der Menschen in die

Einhaltung der Regeln unserer Wirtschaftsordnung und eine kraftvolle Weichenstellung für nachhaltiges Wachstum“.

Nach den Worten von Staatsminister Schneider konzentrieren sich die bayerischen Initiativen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft auf folgende fünf Schwerpunktbereiche:

Erstens: Wirtschaftliches Verständnis auf einem starken Wertefundament fördern, Verbraucherkompetenz und –schutz stärken

Staatskanzleichef Schneider: „Werte sind unverzichtbare Basis für wirtschaftliches Handeln. Ohne Verantwortlichkeit des Einzelnen und einen Grundkonsens über Fairness geht es nicht. Deshalb rücken wir den Ausbau von Verbraucherschutz und Verbraucherkompetenz stärker in den Mittelpunkt. Nur der starke und mündige Verbraucher ist ebenbürtiger Partner einer starken Wirtschaft“. Zu den bayerischen Initiativen und Vorschlägen zählen unter anderem

- eine Stärkung der wirtschaftlichen Bildung in Schule und Hochschule, insbesondere durch verstärkte Kooperationen mit Unternehmen und Wirtschaft.
- Eine gezielte Förderung der ökonomischen Verbraucherbildung; hierzu sollen noch im Februar 2010 gemeinsame Richtlinien von Kultus- und Verbraucherschutzministerium veröffentlicht werden. Geplant sind auch entsprechende Schulversuche ab dem Schuljahr 2010/2011.
- In einer Projektgruppe unter dem Vorsitz Bayerns werden Vorschläge zur Verbesserung des Anlegerschutzes erarbeitet. Dazu gehören unter anderem Vorschläge für eine Regulierung der Tätigkeit von Finanzberatern und –vermittlern.

Zweitens: klare Haftungsregelungen für wirtschaftliche Entscheidungen und bessere Eigenkapitalunterlegung

Staatsminister Schneider: „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren – das untergräbt jegliches Vertrauen in eine gerechte

Wirtschaftsordnung. Deshalb müssen wir in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise Verantwortung noch klarer zuordnen und eine strikte Haftung gewährleisten.“ Bayern setzt sich deshalb unter anderem für die Sicherung einer angemessenen Eigenkapitalunterlegung aller wirtschaftlichen Aktivitäten ein. Dabei darf im Interesse des Mittelstands aber nicht über das Ziel hinausgeschossen werden: so würde eine unterschiedslose Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen für Banken ohne Rücksicht auf die jeweilige Risikostruktur dem klassischen Geschäft bayerischer Genossenschaftsbanken und Sparkassen nicht gerecht. Bei der Managervergütung macht sich Bayern für freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen stark, die bei variablen Vergütungsbestandteilen fünf Jahre als Bezugszeitraum zugrunde legen. Die Kontrollfunktion der Aufsichtsräte in den Unternehmen soll weiter gestärkt werden.

#### Drittens: Globale Finanzmärkte regulieren, Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft internationalisieren

Bayern spricht sich für die rasche Erarbeitung europaweit einheitlicher Aufsichtsstandards und die Trennung des Beratungs- vom Ratinggeschäft aus, um Interessenskollisionen zu vermeiden.

#### Viertens: Wirtschaftsstandort Deutschland stärken

Staatsminister Schneider: „Für die langfristige Sicherung von Wohlstand, sozialer Absicherung und sozialem Frieden müssen wir alle Kräfte für nachhaltiges und intelligentes Wachstum mobilisieren und die Rahmenbedingungen unserer Sozialen Marktwirtschaft optimieren“.

Hierzu zählen für Bayern:

- Eine Verstärkung der steuerlichen Forschungsförderung.
- Die Eigenkapitalfinanzierung im Mittelstand muss weiter gestärkt werden. Bayern wird sich mit entsprechenden Initiativen für einen international wettbewerbsfähigen Rahmen für privates Beteiligungskapital und für ein Private-Equity-Gesetz einsetzen.

- Eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung, die zugleich Klima und Umwelt schont. „Clean Tech“ und nachhaltige Mobilität sind herausragende Wachstumsfelder der Zukunft.
- Chancen des Wachstumsmarktes Gesundheit noch konsequenter nutzen. Bei allen aktuellen Diskussionen um die Finanzierung des Gesundheitswesens darf nicht übersehen werden, dass die deutsche Gesundheitswirtschaft die größte Wirtschaftsbranche des Landes ist und jährliche Wachstumsraten von 2 bis 3 % aufweist.

#### Fünftens: Perspektiven auch für die Betroffenen von Strukturwandel und globalem Wettbewerb stärken

Staatsminister Schneider: „Die Soziale Marktwirtschaft bietet auch in Zeiten verstärkten Strukturwandels und globalen Wettbewerbs Perspektiven für alle Menschen. Gerade die unmittelbar von Veränderungen Betroffenen brauchen unsere Unterstützung. Ein Mindestmaß an Sicherheit ist fundamental für die Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung“. Bayern setzt deshalb unter anderem verstärkt auf die Förderung der beruflichen Weiterbildung. Beschäftigungsanreize im Niedriglohnsektor müssen verbessert, befristete Arbeitsverhältnisse erleichtert werden. Ein genereller gesetzlicher Mindestlohn wird abgelehnt. Die Bayerische Staatsregierung unterstützt ergänzende Sozialleistungen, um einen erzielten Marktlohn gegebenenfalls auf ein erforderliches Niveau aufzustocken.

### **3. Kultusminister Ludwig Spaenle zieht positive Bilanz der neuen Dialogforen / Spaenle: „Bürgermeister und Schulfamilie bringen ihre regionalen Anliegen ein / Dialogforen arbeiten erfolgreich an Schulverbänden der neuen Mittelschule“**

Die Dialogforen sind nach den Worten von Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle ein neues gut geeignetes Instrument dafür, dass Bürgermeister, Vertreter der Schulverwaltung, Schulleiter, Eltern, Schüler, Lehrer und Vertreter von Wirtschaft und Kirchen bei der

Gestaltung der Schullandschaft vor Ort ihre Anliegen einbringen. „Deshalb werden wir die Dialogforen als neue Institution in der bildungspolitischen Landschaft Bayerns in den Landkreisen und kreisfreien Städten bei Bedarf auch künftig immer wieder einberufen“, kündigte Spaenle an. Spaenle: „Bei den Dialogforen bringen die Vertreter der Region ihre besonderen Gegebenheiten und Wünsche authentisch in offener Dialogkultur vor. Diese werden dann bei den Beschlüssen entsprechend berücksichtigt. Mit Hilfe dieser ‚Runden Tische‘ leisten die Schulfamilien und Verantwortlichen vor Ort einen entscheidenden Beitrag, um ein qualitativ anspruchsvolles, differenziertes und gerechtes Bildungsangebot vor Ort sicherzustellen.“ Als Beispiel für die erfolgreiche Arbeit der Dialogforen nannte der Minister, der die Kultur des Dialogs auch in anderen zentralen Entscheidungsfeldern praktiziert, die Bildung von Schulverbänden der „Mittelschule“, also von Zusammenschlüssen von kleineren und mittleren Hauptschulen mit einem breiten und qualitativ hochwertigen Bildungsangebot. „Einen Schulstandort erhalten zu können – auch und gerade durch die Schulverbände - ist ein wichtiger Beitrag für Lebensqualität für die Menschen und für Standortqualität vor Ort“, betonte Spaenle.

**4. Freistaat Bayern beschließt verbesserte Rahmenbedingungen bei der Mittelstandsfinanzierung / Wirtschaftsstaatssekretärin Hessel: „Wir müssen jetzt Grundlagen für die Finanzierung des Aufschwungs schaffen“**

Die Bayerische Staatsregierung hat angesichts der zum Teil hohen Kredithürden für Unternehmen beschlossen, die Rahmenbedingungen für die Mittelstandsfinanzierung weiter zu verbessern. Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel betonte: „Wir nehmen die Sorgen des Mittelstands um einen sicheren und bezahlbaren Zugang zu Fremdkapital ernst. Das Jahr 2010 wird für die Mittelstandsfinanzierung ein kritisches Jahr. Deshalb haben wir die Fördermaßnahmen in drei

wesentlichen Punkten nochmals ausgeweitet. Aktuell haben wir den so genannten Universalkredit der LfA Förderbank Bayern für die Finanzierung des allgemeinen Betriebsmittelbedarfs geöffnet und für Kreditbeträge bis zu einer Million Euro zusätzlich die Möglichkeit einer Haftungsfreistellung von 60 Prozent eingeführt. Wir haben ferner die Risikotragfähigkeit der Bürgschaftsbank Bayern durch eine höhere Rückbürgschaftsquote des Freistaats erhöht. Zudem stellt sich die Bürgschaftsbank Bayern mit einem sogenannten ‚schlanken‘ Verfahren für Bürgschaften bis 125 000 Euro noch mittelstandsfreundlicher auf.“ Die Bürgschaftsbank Bayern ist eine Selbsthilfeeinrichtung der gewerblichen Wirtschaft in Bayern zur Mittelstandsförderung. Sie richtet sich mit Bürgschaften an kleine und mittlere Unternehmen der Branchen Handel, Handwerk, Hotel und Gaststätten sowie Gartenbau.

Die Belastung vieler Banken durch die Finanzkrise, die schärfere Regulierung der Branche und die schlechteren Bonitäten zahlreicher Unternehmen erschweren laut Hessel die Kapitalversorgung des Mittelstands. Es müsse alles dafür getan werden, um eine weitere Verschärfung zu verhindern. Der Bayerische Mittelstandsschirm habe sich dabei als wirkungsvolle Maßnahme gegen eine drohende Kreditklemme erwiesen. „Im letzten Jahr haben sich über 1 900 Betriebe unter unseren Schirm gestellt. Dabei wurden Kredite von rund einer halben Milliarde Euro ausgezahlt. Darüber hinaus konnten die Unternehmen von deutlich geringeren Zinsen und flexibleren Darlehenskonditionen beim Mittelstandsprogramm profitieren“, so Hessel.

Es kommt nach den Worten der Wirtschaftsstaatssekretärin nun darauf an, dass auch der Bund seine Programme weiter verbessert. Insbesondere gelte es, die Zugangsbedingungen zu erleichtern und die Maßnahmen noch bedarfsgerechter zu gestalten. Hessel: „Wir brauchen bessere regulatorische Rahmenbedingungen für die Mittelstandsfinanzierung. An erster Stelle muss die krisenverschärfende

Wirkung der Eigenkapitalvorschriften von Basel II abgemildert werden. Dafür werde ich mich direkt beim Baseler Bankenausschuss und über den Bundesrat einsetzen.“ Bei allem Interesse an einer Reform des Finanzsektors dürften auch die Rahmenbedingungen für die Realwirtschaft nicht außer Acht gelassen werden. Hessel: „Wir dürfen das Ziel einer besseren Eigenkapitalausstattung und Innovationsförderung unseres Mittelstands nicht aus dem Blick verlieren. Beide Aspekte sind genauso wesentlich für die Widerstandsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wie eine ausreichende Kreditversorgung.“

gez.  
Rainer Riedl  
Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei++++